

## Gefahr durch islamistische Fanatiker in Berlin

„Tod den USA“ und „Scharon – Kindermörder“ skandieren alljährlich islamistische Fundamentalisten auf radikalen De-



Roland Gewalt MdB

monstrationen am Al-Quds-Tag in Berlin. Sie bleiben unbehellig, denn seit Rot-Grün regiert, können Polizei und Staatsanwaltschaft das Werben für eine extremistische Vereinigung nicht mehr verfolgen. Ausgerechnet nach den verheerenden Terroranschlägen vom 11. September 2001 lockerte hier die Bundesregierung das Strafrecht. Die Gesetzeslücke ist mit Händen zu fassen: Wer Parolen brüllt wie „Unterstützt den heiligen Kampf“ kann von der Polizei nicht dafür zur Verantwortung gezogen werden. T-Shirts mit dem Konterfei von Bin Laden und Aufrufe zum

heiligen Krieg: Was muss sich unsere Gesellschaft eigentlich noch alles gefallen lassen? Der Staat muss zeigen, dass er gewaltbereite Fundamentalisten nicht duldet. Dazu gehört auch, dass er es nicht toleriert, wenn terroristische Vereinigungen in gefährlicher Weise verharmlost und beworben werden. Hier ist die rot-grüne Bundesregierung gefordert, nicht nur von Innerer Sicherheit zu sprechen, sondern sie auch zu gewährleisten. Die Streichung des Straftatbestandes Werbung für terroristische Vereinigungen muss rückgängig gemacht werden. Sofort!

### CDU UND GRÜNE:

## SO NICHT BEIM STELLENPOOL



Das vergangene Woche im Parlament verabschiedete Gesetz zum Stellenpool ist nach Ansicht von CDU und Grünen rechtlich nicht haltbar. Der Grünen-Abgeordnete Oliver Schruoffeneger und sein CDU-Kollege Matthias Wambach forderten in einer gemeinsamen Presseerklärung Parlamentspräsident Momper auf, eine dritte Lesung einzubereufen.

Das Gesetz enthält nach Ansicht der beiden Oppositionsparteien keine Verpflichtung, die Personalabbauprozesse mit einer mittelfristigen Personalentwicklungsplanung zu ver-

knüpfen. Ohne eine solche Einbindung ist die individuelle Ver- setzung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Stellenpool rechtlich nicht zulässig.

Das Verfassungsgericht hat dem Senat und dem Parlament auferlegt, alle Ausgaben die nicht bundesrechtlich oder landesverfassungsrechtlich geboten sind, zu überprüfen und ausführlich zu begründen. Dies ist aber nicht geschehen - nach vorliegenden Alternativkonzepten der Opposition wäre der zentrale Stellenpool mit maximal der Hälfte des Verwaltungspersonals ausgekommen.

Das rot-rote Gesetz zum Stellenpool ist in sich rechtlich fragwürdig. Es verstößt gegen die Regelungen des Artikels 89 der Verfassung von Berlin und es ignoriert die Auflagen des Landesverfassungsgerichts zu den haushaltspolitischen Notwendigkeiten in der Situation einer extremen Haushaltsnotlage. Nach dem offenkundig verfassungswidrigen Haushalt 2002/03 darf der Parlamentspräsident nicht ein zweites Mal aus parteitaktischen Überlegungen den nachvollziehbaren Antrag der Opposition auf eine dritte Lesung im Parlament ablehnen.

### TRANSRAPID UND KERNENERGIE

## In China ja - in Deutschland nein

Spätestens seit der Transrapid in Shanghai, statt zwischen Berlin und Hamburg fährt, hätten wir wissen müssen, dass die Verhinderung deutscher Spitzentechnologie im eigenen Land Methode hat. In Deutschland wird von der grünen Linken gegen alles demonstriert, hoffnungsvolle Industriezweige zerstört - dafür werden Technologie und Arbeitsplätze von

Schröder und Fischer in Südostasien verhökert. Schröder heißt auf Chinesisch übersetzt inzwischen „Der Vater aller Schnäppchen“. Verwerflich bei all dem ist die politische Doppelmoral. Wer ernsthaft und aus ökologischen Gründen gegen Kernkraft in Deutschland war, kann nicht wollen, dass diese Technologie irgendwo auf dem Globus eingesetzt wird. Es sei denn, der Pro-

test der siebziger und achtziger Jahre war doch nur ideologisch motiviert. Ein Schelm, wer böses dabei denkt. Wenn diese Bundesregierung jetzt zulässt, dass Waffen und Kerntechnologie in ein Land ohne Demokratie exportiert werden, dann hat sie ihren letzten Anspruch linker Moral verloren. Hoffentlich merkt das auch der letzte Alt-68er-Journalist im Land.

### Töpfer:

## Menschenhandel stoppen

Einen verbesserten Aufenthaltsschutz für Opfer von Menschenhändlerringen fordert die Vorsitzende der Frauen-Union Edeltraut Töpfer, Berlin, zum Internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen. Weiter sei eine kleine Kronzeugenregelung nötig, um den betrof-



fenen Frauen die Aussagen vor einem deutschen Gericht zu erleichtern. Töpfer: „Wir alle müssen handeln. Der Menschenhandel hat unser Land längst erreicht. Deutschland ist sowohl Zielland als auch Transitland für den Schmuggel mit Menschen.“ Nach Angaben der Vereinten Nationen ist Menschenhandel das am schnellsten wachsende kriminelle Geschäft der Welt. Überwiegend Frauen werden von Menschenhändlern ange- lockt, unterdrückt und miss-

handelt, um dann als Arbeitskraft ausgebeutet und zur Prostitution gezwungen zu werden. Die Weltorganisation schätzt, dass allein 1998 vier

Millionen Menschen von Menschenhandel betroffen waren und geht von einem Gewinn von zehn Milliarden US-Dollar für kriminelle Gruppen

aus. Allein für Deutschland beziffert das Bundeskriminalamt den Jahresumsatz von Menschenhändlern auf 60 Millionen Euro. Töpfer betont die Notwendigkeit von Aufklärungskampagnen über den Menschenhandel und die Methoden der Täter schon in den Herkunftsländern der Opfer. Eine Verbesserung der Ausbildung von Frauen in den Herkunftsländern und der beruflichen Chancen stelle eine weitere Prävention gegen Menschenhandel dar. (eg)

# 25 BALL

## Polizei Arbeitskreis CDU - Berlin

### CDU-POLIZISTEN LADEN EIN

Mitglieder, Freunde und alle, die gerne tanzen, sind recht herzlich zum 25. Ball am **20. März 2004** in den Ballsaal des **Best Western Hotel Steglitz International**, Albrechtstr. 2 in 12165 Berlin, eingeladen. Die Schirmherrschaft hat diesmal der CDU-Landesvorsitzende, Joachim Zeller, übernommen. Im Preis von € 35,00 inbegriffen sind etliche Überraschungen, Tanzvorführungen, ein italienisches Büfett (denn schließlich ist es ein italienischer Ball), eine kleine Tombola usw.

Es spielt das **Berlin-Starlight-Orchestra**. Rufen Sie an unter **Tel. 030-32690430** oder aber auch **0172-9387934 (Herr Zimmermann)** bzw. überweisen Sie den fälligen Kartenpreis bis zum 01.02.04 an den **bpi-Verlag, Kto. Nr. 1071177400 (BLZ 10070000)** **Deutsche Bank** –unter Verwendungszweck vermerken Sie bitte 8406 Ball04, Name und Anschrift des Einzahlers bitte unbedingt mit anführen. Sie erhalten dann umgehend die **Karten.**

(Horst Zimmermann, c/o bpi-Verlag)